- Auszug -

Amtliches Bekanntmachungsblatt

- Amtsblatt des Märkischen Kreises-



Nr. 15

Ausgegeben in Lüdenscheid am 12.04.2017

Jahrgang 2017

Inhaltsverzeichnis		
06.04.2017	Märkischer Kreis	Zugelassene Kreiswahlvorschläge zur Wahl des Landtages am 14.05.2017 für die Landtagswahlkreise 121, 122 und 123 im Märkischen Kreis319
03.04.2017	Stadt Plettenberg	8. Satzung zur Änderung der Satzung für Friedhöfe322
16.12.2016	Märkischer Kreis	Offenlegung des Liegenschaftskatasters aus Anlass des Aufbaus der Amtlichen Basiskarte (ABK)324
03.04.2017	Stadt Plettenberg	Einsicht in das Wählerverzeichnis und Erteilung von Wahlscheinen für die Landtagswahl am 14.05.2017324
04.04.2017	Landesbetrieb Straßenbau.NRW	6-streifiger Ausbau der BAB 45 – Faunistische Untersuchung
03.04.2017	Stadt Balve	Benennung von Straßen und Plätzen327
03.04.2017	Gemeinde Herscheid	Einsicht in das Wählerverzeichnis und Erteilung von Wahlscheinen für die Landtagswahl am 14.05.2017328
03.04.2017	Stadt Altena (Westf.)	Beabsichtigte Einziehung einer Teilfläche aus einer öffentlichen Straße
04.04.2017	Stadt Altena (Westf.)	Satzung über die Erhebung von Erschließungs- Beträgen329
03.04.2017	Gemeinde Schalksmühle	Bebauungsplanentwurf Nr. 29 "Erweiterung Wohnbaugebiet Stallhaus"333
07.04.2017	Gemeinde Schalksmühle	Kommunalbetrieb Jahresabschluss 2016335
07.04.2017	Gemeinde Schalksmühle	Wahlbekanntmachung337
05.04.2017	Stadt Lüdenscheid	Zweite Satzung zur Änderung der Hauptsatzung338
05.04.2017	Stadt Lüdenscheid	Einsicht in das Wählerverzeichnis und Erteilung von Wahlscheinen für die Landtagswahl am 14.05.2017339
06.04.2017	Stadt Lüdenscheid	8. Änderung des Flächennutzungsplanes im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 783 "Ehemalige Kaserne Buckesfeld"
06.04.2017	Stadt Lüdenscheid	Aufstellung und öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 558 "Schlittenbach"342
06.04.2017	Stadt Lüdenscheid	Aufstellung und öffentliche Auslegung des Bebauungs-

beantragten Wahlscheine nicht zugegangen sind, können bis zum Tag vor der Wahl, 12:00 Uhr, neue Wahlscheine beantragen.

nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen sind, aber aus den oben unter 5.2. (Buchstaben a bis c) genannten Gründen Wahlscheine erhalten können, bis zum Wahltag 15:00 Uhr.

Wahlscheine können mündlich, schriftlich oder elektronisch beantragt werden. Die Schriftform gilt auch durch Telefax oder E-Mail gewahrt. Ein telefonisch gestellter Antrag ist unzulässig.

Wer den Antrag für einen anderen stellt, muss durch Vorlage einer schriftliche Vollmacht nachweisen, dass die Berechtigung dazu vorliegt. Behinderte Wahlberechtigte können sich der Hilfe einer anderen Person bedienen, die mindestens 18 Jahre alt sein muss.

- Mit dem Wahlscheinantrag erhält der/die Wahlberechtigte
 - einen amtlichen Stimmzettel des
 Wahlkreises
 - einen amtlichen blauen Stimmzettelumschlag
 - einen amtlichen roten Wahlbriefumschlag, auf dem die Anschrift an die der Wahlbrief zurückzusenden ist, aufgedruckt ist und
 - ein Merkblatt für die Briefwahl

Die Abholung von Wahlscheinen und Briefwahlunterlagen für eine andere Person ist nur möglich, wenn die Betechtigung zur Empfangnahme der Unterlagen durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachgewiesen wird und die bevollmächtigte Person nicht mehr als vier Wahlberechtigte vertritt. Das hat sie der Gemeindebehörde vor Empfangnahme der Unterlagen schriftlich zu versichern. Auf Verlangen hat sich die bevollmächtigte Person auszuweisen.

Bei der Briefwahl muss der Wähler die Wahlbriefe mit den Stimmzetteln und den Wahlscheinen so rechtzeitig an die angegebene Stelle absenden, das der Wahlbrief dort spätestens am Wahltag bis 18:00 Uhr eingeht.

Später eingehende Wahlbriefe werden bei der Wahl nicht berücksichtigt.

Nähere Hinweise zur Briefwahl sind den getrennten Merkblättern für die Briefwahl, die mit den Briefwahlunterlagen übersandt werden, zu entnehmen.

Der rote Wahlbrief wird innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ohne besondere Versendungsform ausschließlich von der

Reutschen Post AG unentgeltlich befördert. Die Wahlbriefe können auch bei den auf den Wahlbriefen angegebenen Stellen abgegeben werden

Lüdenscheid, den 05.04.2017

Der Bürgermeister Dieter Dzewas

Diese öffentliche Bekanntmachung kann auch unter www.luedenscheid.de in der Rubik "Rathaus & Bürger / Info & Service / Öffentliche Bekanntmachungen" eingesehen werden.



Bekanntmachung der Stadt Lüdenscheid

Einleitung der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 783 "Ehemalige Kaserne Buckesfeld" 3. Änderung, Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 783 "Ehemalige Kaserne Buckesfeld", 3. Änderung sowie die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung der beiden Bauleitplanverfahren

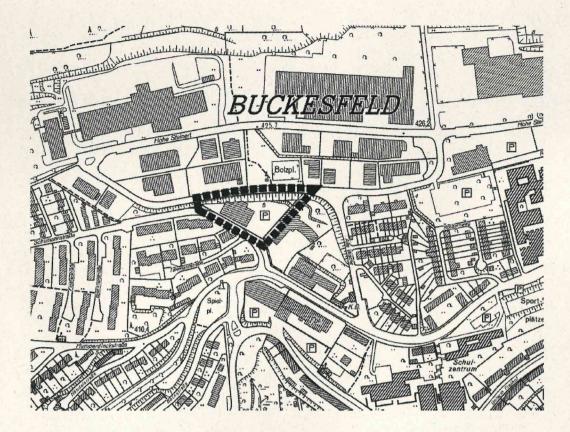
Der Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt der Stadt Lüdenscheid hat in seiner öffentlichen Sitzung am 01.02.2017 Folgendes beschlossen:

A

- I. Gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 8 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBI. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBI. I S. 1722) soll die 8. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 783 "Ehemalige Kaserne Buckesfeld", eingeleitet werden.
- II. Gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBI. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBI. I S. 1722) ist eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen einer Bürgerinformation durchzuführen.

В

I. Gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 8 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBI. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBI. I S. 1722) soll der Bebauungsplan Nr. 783 "Ehemalige Kaserne Buckesfeld", 3. Änderung für das nachstehend abgebildete Plangebiet aufgestellt werden.



II. Gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBI. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBI. I S. 1722) ist eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen einer Bürgerinformation durchzuführen.

Ziel der Planung ist die Sicherung und Weiterentwicklung des zentralen Versorgungsbereiches Buckesfelder Straße/Unterm Freihof. Dazu soll ein sonstiges Sondergebiet gem. § 11 Baunutzungsverordnung (BauNVO) festgesetzt und die zulässige Verkaufsfläche leicht – auf 1000 gm – erhöht werden.

Der an der Planung interessierten Öffentlichkeit soll gem. § 3 Abs. 1 BauGB im Rahmen einer öffentlichen Anhörung Gelegenheit zur Unterrichtung und Erörterung des künftigen Planinhaltes gegeben werden. Die Anhörung wird am Mittwoch, 17. Mai 2017 um 18.00 Uhr im Raum 1 des ehemaligen Telekomgebäudes, Rathausplatz 2 b in Lüdenscheid durchgeführt.

Der Planentwurf kann am Dienstag, 16. Mai 2017 und am Mittwoch, 17. Mai 2017 im Fachdienst Stadtplanung und Verkehr der Stadt Lüdenscheid, Rathausplatz 2, in den Glasvitrinen zwischen den Räumen 534 und 537, während der Dienstzeit eingesehen werden.

Der vorstehende Aufstellungsbeschluss für die 3. Planänderung und der dazugehörige Einleitungsbeschluss für die 8. Änderung des Flächennutzungsplanes werden hiermit ortsüblich öffentlich bekannt gemacht.

Bekanntmachungsanordnung

Gem. § 7 Absatz 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Beschlüsse nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt.
- diese Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister hat den Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Lüdenscheid, 06.04.2017

Der Bürgermeister Dieter Dzewas

Diese öffentliche Bekanntmachung kann auch unter www.luedenscheid.de in der Rubrik "Rathaus & Bürger / Info & Service / Öffentliche Bekanntmachungen" eingesehen werden.



Bekanntmachung der Stadt Lüdenscheid

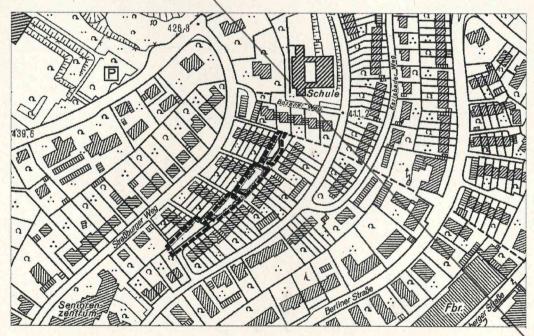
Aufstellung und öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 558 "Schlittenbach", 11. Änderung – vereinfachtes Verfahren nach § 13 BauGB

Der Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt der Stadt Lüdenscheid hat in seiner öffentlichen Sitzung am 29.03.2017 Folgendes beschlossen:

Beschluss:

I. Erneuter Aufstellungsbeschluss

Gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 8 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) soll der Bebauungsplan Nr. 558 "Schlittenbach", 11. Änderung für das nachstehend abgebildete Plangebiet aufgestellt werden.



II. Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung / Verfahrensart

Es wird festgestellt, dass die 11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 558 "Schlittenbach" im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB erfolgen kann. Von einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB kann daher abgesehen werden. Die Aufstellung im vereinfachten Verfahren erfolgt ohne Durchführung einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB.

III. Auslegungsbeschluss

Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBI. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBI. I S. 1722) ist der Entwurf der 11. Ände-